

## Entwicklungen & Trends 2019

### »Business as usual is not an option« – offenbar doch!

von Jürgen Knirsch

»Weltklimarat fordert Agrarwende« – dass es das Thema Klima und Landwirtschaft auf die Titelseite der auflagenstärksten deutschen Tageszeitung schafft, ist nicht alltäglich. Dass Bäuerinnen und Bauern gegen das Freihandelsabkommen der EU mit dem Mercosur einen Sojaimporthafen blockieren, gehört auch nicht zum Alltag. Dass der Deutsche Bauernverband angesichts von EU-Mercosur die doppelten Produktionsstandards kritisiert, ist auch kein Normalfall. Während die neue Klimabewegung, die vor allem – aber nicht nur – junge Menschen auf die Straßen bringt, inzwischen auch Themen wie (Welt-)Ernährung und Lebensmittelabfälle aufgreift, verhallt die erneute Aussage, dass im vierten Jahr in Folge wieder mehr Menschen hungern ohne großes Feedback. Die Exportstrategie des deutschen Landwirtschaftsministeriums ist inzwischen auf den Apfel gekommen und propagiert »Äpfel für Indien«. Die Fülle der sinnvollen Studien steht im Widerspruch zu der Handlungsstarre der Verantwortlichen. »Business as usual is not an option« war bereits 2008 die zentrale Botschaft des Weltagrарberichts. Damit sie nicht weiterhin ohne Konsequenzen bleibt, sind dringend Ideen notwendig. Das Konzept der Agrarökologie liefert sie.

#### Revisited: Klimaänderung und Landbau – die Agrarwirtschaft als Täter und Opfer

Vor 25 Jahren erschien Bernhard Burdicks akribische Studie über die Landwirtschaft und die Klimakatastrophe, damals noch zurückhaltend als »Klimaänderung« bezeichnet.<sup>1</sup> Seitdem ist die Janusköpfigkeit der Landwirtschaft regelmäßiger Bestandteil der Berichterstattung in den Medien, ohne jedoch zu Konsequenzen geführt zu haben. Dennoch erreichte der am 8. August 2019 veröffentlichte Sonderbericht des Weltklimarats IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) zu »Klimawandel und Land«<sup>2</sup> eine erhöhte Aufmerksamkeit der Medien, die durch die Aktivitäten der neuen Klimabewegung um Fridays for Future, Extinction Rebellion, Ende Gelände und anderer Organisationen ohnehin bereits stärker sensibilisiert sind. Unter der Überschrift »Weltklimarat fordert Agrarwende« hievte z. B. die *Süddeutsche Zeitung* ihre Hauptstory über den IPCC-Bericht auf die Titelseite.<sup>3</sup>

Der IPCC-Bericht warnt vor den dramatischen Folgen der Erderwärmung für Landflächen, Ernährungssicherheit und Artenvielfalt. Er zeigt, dass fast ein Viertel der aktuellen menschengemachten Treibhausgasemissionen auf die Landnutzung, darunter Forst- und Landwirtschaft, zurückgehen: Betrachtet man die Emissionen aus menschlichen Tätigkeiten

**Weltklimarat fordert  
Agrarwende**

**Landwirtschaft als  
Mitverursacher und  
Opfer des Klimawandels**

im Zeitraum 2007 bis 2016, dann sind Landwirtschaft, Forstwirtschaft und andere Landnutzungsformen für rund 23 Prozent aller gesamten anthropogenen Nettoemissionen von Treibhausgasen verantwortlich. Nach den einzelnen Gasen aufgesplittet sind dies rund 13 Prozent der CO<sub>2</sub>-, 44 Prozent der Methan- und 82 Prozent der Lachgasemissionen weltweit. Gleichzeitig wirkt die Landbiosphäre als natürliche Treibhausgasenke und bindet knapp 30 Prozent der anthropogenen CO<sub>2</sub>-Emissionen durch die Vegetation und in Böden. Die Folgen des Klimawandels sind bereits nachweisbar, so der Bericht. Negative Auswirkungen auf Ernteträge, Nahrungsmittellversorgung, Nahrungsmittelpreise und Wasserverfügbarkeit seien zu erwarten. Weitere gravierende Risiken könnten durch Vegetationsverlust und Artensterben, zunehmende Waldbrände, Boden- und Küstenerosion sowie das verstärkte Auftauen von Permafrostböden entstehen. Als wirksame Maßnahmen, die gleichzeitig dem Klimawandel und der Landdegradierung entgegenwirken, nennt der Bericht ein nachhaltiges Land- und Forstmanagement sowie Maßnahmen im Ernährungssystem, z. B. die Verringerung von Nahrungsmittelverschwendung und weniger ressourcenintensive Ernährungsweisen.

Für die Bundesumweltministerin Svenja Schulze stellt der Bericht des Weltklimarats die Existenzfrage: Der Klimawandel »gefährdet unsere Ernährungs- und Lebensgrundlagen. Die Land- und Forstwirtschaft ist ein Opfer dieser Entwicklung, aber sie ist auch ein wichtiger Verursacher und damit ein Teil der Lösung beim Klimaschutz. Die Art, wie die Menschheit mit dem Land umgeht, kann das Klima schützen oder schädigen.«<sup>4</sup>

**Klößner relativiert  
IPCC-Bericht**

Dagegen sieht sich die Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klößner durch die Ergebnisse des Sonderberichts des Weltklimarats darin bestätigt, bereits jetzt schon die richtigen Maßnahmen getroffen zu haben (»das Umsteuern fängt nicht erst heute an«) oder diese zu planen (»bereits Anfang Mai habe ich im Klimakabinett zehn konkrete Klimaschutzmaßnahmen für den Ackerbau, die Tierhaltung und die Waldwirtschaft vorgelegt«). Die Ministerin führt aus: »Die Ergebnisse des IPCC-Berichts bestärken uns in unserem Weg, Landwirtschaft, Landnutzung und die Forstwirtschaft noch nachhaltiger zu gestalten. Denn ein behutsamer Umgang mit den Ressourcen geht uns alle an. Gerade weil die Land- und Forstwirtschaft nicht nur Beteiligte, sondern vom Klimawandel besonders betroffen sind, haben wir keine Zeit zu verlieren.« Sie vergisst auch nicht den Hinweis: »Wer mehr für den Umwelt- und Klimaschutz leistet, muss dafür auch entlohnt werden.« Zudem veröffentlicht sie Zahlen, die die Aussagen des IPCC-Berichts entschärfen sollen. So wird der Anteil der landwirtschaftlichen Emissionen in Deutschland im Verhältnis zu den anderen Sektoren relativiert. Danach steht die Landwirtschaft mit 64 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> (das entspricht rund sieben Prozent des gesamten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in Deutschland von 866 Millionen Tonnen), deutlich hinter dem Energiesektor, der Industrie, dem Verkehr und der Haushalte auf Platz fünf der Hauptemittenten. Zudem seien die jährlichen Emissionen aus der Landwirtschaft zwischen 1990 und 2018 um 18 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente gesunken und würden bis 2020 voraussichtlich um weitere ein bis zwei Millionen Tonnen sinken. Dies entspräche einer Reduzierung von über 20 Prozent gegenüber 1990.<sup>5</sup>

**Wissenschaftler warnen  
vor »Klimanotfall«**

Der IPCC-Sonderbericht formuliert konkrete und größtenteils schon bekannte Maßnahmen, die die Agrarwende ermöglichen sollen: z. B. naturverträgliche höhere Produktivität, sparsame Bewässerung, Fruchtfolgen, zurückhaltende Beweidung, Erhalt von Wäldern, Wiesen und Weiden, schonendere Bodenbewirtschaftung. Ein Blick auf die Homepage »research in context« zeigt, dass die Ergebnisse und Vorschläge des Berichtes auch von nicht an dem Report beteiligten Wissenschaftlergruppen geteilt werden: »Ohne eine Änderung zu einer gesünderen und Ressourcen schonenden Ernährungsweise, die weit weniger tierische Lebensmittel beinhaltet, gibt es kaum eine Chance, den Klimawandel ausreichend zu begrenzen«, kommentiert z. B. Marco Springmann von der Universität Oxford den Report.<sup>6</sup> Deutliche Worte fanden auch mehr als 11.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus 153 Ländern in dem Statement »Warnung vor einem Klimanotfall«. In ihrem Anfang November 2019 veröffentlichten Positionspapier erkannten sie ihre moralische Verpflichtung an, 40 Jahre nach der ersten Klimaerklärung die Menschheit eindeutig vor einer katastrophalen Bedrohung zu warnen und »zu sagen, wie es ist«: Der Planet Erde steht vor einem Klimanotfall.<sup>7</sup> Bereits vor 40 Jahren, im Februar 1979, trafen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus 50 Nationen auf der Ersten Weltklimakonferenz in Genf und waren

sich einig, dass alarmierende Trends für den Klimawandel ein Handeln dringend erforderlich machten.

Zum Thema Essen führt das Statement aus: »Der Verzehr größtenteils pflanzlicher Lebensmittel bei gleichzeitiger Reduzierung des weltweiten Verbrauchs tierischer Produkte, insbesondere von Wiederkäuern, kann die menschliche Gesundheit verbessern und die Treibhausgasemissionen erheblich senken. Darüber hinaus werden Anbauflächen für den Anbau dringend benötigter menschlicher Pflanzennahrung anstelle von Viehfutter freigesetzt, während Weideflächen zur Unterstützung natürlicher Klimalösungen freigegeben werden. Anbaupraktiken wie die minimale Bodenbearbeitung, die den Kohlenstoff im Boden erhöhen, sind von entscheidender Bedeutung. Wir müssen die enorme Menge an Lebensmittelverschwendung auf der ganzen Welt drastisch reduzieren.«<sup>8</sup>

Trauriges Fazit: Auch 40 Jahre nach dem ersten Weckruf führte der jüngste Bericht des Weltklimarats in der Politik bestenfalls zu Allgemeinplätzen, bisher jedoch noch nicht zu konkreten Maßnahmen.

**Früher Weckruf –  
in der Politik  
weitgehend ungehört ...**

### **Hunger und Unterernährung weiterhin auf dem Vormarsch**

Auf der Welternährungskonferenz in Rom im Jahr 1974 wurde von Henry Kissinger die berühmte Forderung aufgestellt, dass »innerhalb eines Jahrzehnts kein Kind mehr hungrig ins Bett gehen darf«.<sup>9</sup> Ein Blick in die 2019er Ausgabe des jährlich erscheinenden Berichts zum Stand der Ernährungssicherheit (*The state of food security and nutrition in the world*)<sup>10</sup> zeigt, dass auch 45 Jahre nach der eindringlichen Forderung Kissingers deren Umsetzung weit, weit von der Realität entfernt ist. Das gilt heutzutage auch für alle danach aufgestellten Vorgaben zur Reduzierung des Hungers wie etwa im Rahmen der *Sustainable Development Goals* (SDGs). Die SDGs wurden 2015 von den Vereinten Nationen in der »Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung« als Fortführung der MDGs (*Millennium Development Goals*) beschlossen. SDG 2 lautet »Kein Hunger (Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen)« und konkretisiert diese »Zero Hunger«-Vorgabe im Unterziel 2.1 wie folgt: »Den Hunger bis 2030 zu beenden und sicherzustellen, dass alle Menschen, insbesondere die Armen und Menschen in gefährdeten Situationen, einschließlich Säuglingen, das ganze Jahr über Zugang zu sicheren, nahrhaften und ausreichenden Nahrungsmitteln haben.«

**Hehre Ziele ...**

Doch seit 2015 ist im vierten Jahr in Folge der Hunger wieder am Ansteigen, nachdem zuvor in den ersten Jahren des Jahrzehnts ein Rückgang des Hungers – gemessen an der Verbreitung von Unterernährung – festgestellt werden konnte. Doch dieser positive Trend wurde im Jahr 2015 gestoppt. Er liegt praktisch unverändert in den letzten Jahren auf einem globalen Niveau von etwas unter elf Prozent der Weltbevölkerung. So hungerten 2018 mehr als 820 Millionen Menschen in der Welt – darunter 149 Millionen Kinder unter fünf Jahren, die durch mangelnde Ernährung unterentwickelt sind. Auf dem afrikanischen Kontinent nimmt der Hunger in fast allen Unterregionen zu, was Afrika zur der Region macht, in der die Unterernährung bei fast 20 Prozent liegt und damit global am höchsten ist. Auch in Lateinamerika und der Karibik steigt der Hunger langsam an, die Unterernährungsrate liegt hier bei sieben Prozent. In Asien zeigt Westasien einen kontinuierlichen Anstieg seit 2010 mit mehr als zwölf Prozent seiner Bevölkerung, die heutzutage unterernährt ist. Auch acht Prozent der Gesamtbevölkerung in Nordamerika und Europa sind von Ernährungsunsicherheit betroffen. Prozentual sind es in jedem Erdteil mehr Frauen als Männer.

**... doch der Hunger  
in der Welt  
nimmt weiter zu**

Doch die 820 Millionen sind nur die Spitze des Eisberges. Denn der diesjährige Bericht enthält einen zweiten Indikator für die Überwachung des Unterziels 2.1: die Anzahl der Menschen, die einer gemäßigten Ernährungsunsicherheit unterworfen sind. Ist Hunger mit schwerwiegender Ernährungsunsicherheit gleichzusetzen, dann bedeutet »mäßige Ernährungsunsicherheit« für die Menschen, gezwungen zu sein, Kompromisse bei der Qualität und/oder Menge der von ihnen verzehrten Lebensmitteln einzugehen. Mäßige Ernährungsunsicherheit bedeutet z. B., keinen ausreichenden Zugang zu sauberen und nahrhaften Lebensmitteln zu haben.

**Nur die Spitze  
des Eisbergs**

Addiert man die Anzahl der Menschen auf der Welt, die von mäßiger Ernährungsunsicherheit bedroht sind, mit der Anzahl der Menschen, die Hunger leiden, so kommt man auf die

Summe von über zwei Milliarden Menschen, die keinen regelmäßigen Zugang zu sicheren, nahrhaften und ausreichenden Lebensmitteln haben. Dies ist ein Viertel der aktuellen Weltbevölkerung! Jedes siebte Neugeborene (das sind 20,5 Millionen Babys weltweit) litt 2015 unter einem zu niedrigen Geburtsgewicht.

**Auch Fettleibigkeit  
nimmt weltweit zu**

Aber auch die weiteren Daten des Berichtes sind alarmierend. Übergewicht und Adipositas nehmen weiterhin in allen Regionen zu, insbesondere bei Kindern im schulpflichtigen Alter. Für das Jahr 2018 wird geschätzt, dass 40 Millionen Kinder unter fünf Jahren übergewichtig sind. Im Jahr 2016 hatten 131 Millionen Kinder im Alter von fünf bis neun Jahren, 207 Millionen Jugendliche und zwei Milliarden Erwachsene Übergewicht. Über ein Drittel der übergewichtigen Jugendlichen und Erwachsenen, und 44 Prozent der übergewichtigen Kinder im Alter von fünf bis neun Jahren waren fettleibig. Die wirtschaftlichen Kosten für Fehlernährung sind enorm.

Was den mangelnden Zugang zu Lebensmitteln angeht, nennt der Bericht vor allem drei Hauptgründe: Konflikte, Klimawandel und eine schwache Wirtschaft. Frühere Ausgaben dieses Berichts hatten bereits gezeigt, dass dort, wo kriegerische Konflikte auftreten und der Klimawandel bereits Auswirkungen zeitigt, sich die oben genannten Trends verschärfen. In diesem Jahr untersucht der Bericht auch die Auswirkungen einer schwachen Wirtschaft auf Hunger und Fehlernährung. Er zeigt, dass das ungleichmäßige Tempo der wirtschaftlichen Erholung und die Fortsetzung schlechter Wirtschaftsleistungen in vielen Ländern nach dem weltwirtschaftlichen Abschwung von 2008/09 die zentralen Faktoren sind, die alle Bemühungen zur Beendigung von Hunger und Unterernährung untergraben.

#### **»Äpfel für Indien« – die deutsche Agrarexportstrategie wird fortgesetzt**

»Made in Germany« ist auch in der Landwirtschaft beliebt. Ein Drittel der landwirtschaftlichen Produktion geht in den Export«, verkündete stolz das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) bei der Vorlage des Agrarberichtes 2019 am 23. Oktober 2019. Folglich lautet auch eine der acht Zielvorgaben, einen freien und fairen Handel zu unterstützen – geschickt verpackt in der achten Kernforderung, dem weltweiten Hunger ein Ende zu setzen.<sup>11</sup>

**Bundesregierung stolz:  
Ein Drittel der  
landwirtschaftlichen  
Produktion geht  
ins Ausland**

Der Agrarpolitische Bericht der Bundesregierung 2019 selbst findet deutlichere Worte: »Der Agrarexport trägt in hohem Maße zu Wohlstand, Wertschöpfung und Arbeitsplätzen in Deutschland bei – gerade in den ländlichen Regionen. In Deutschland existieren viele kleine und mittelständische Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft, die eine Vielfalt von Produkten mit hoher Qualität erzeugen. Diesen Unternehmen ist es in der Regel ohne fachliche, z. T. auch ohne finanzielle Unterstützung nicht möglich, sich die Absatzmärkte im Ausland zu erschließen. Etwa ein Drittel der Gesamtproduktion der deutschen Landwirtschaft wird exportiert. Der Anteil der Exporte am Gesamtumsatz der deutschen Ernährungsindustrie beträgt ebenfalls ein Drittel. Angesichts stagnierender traditioneller Märkte im Inland braucht die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft weiteres Wachstum im weltweiten Export zur Steigerung von Wertschöpfung und Wohlstand in Deutschland. Die Bundesregierung wird deshalb ihre Exportunterstützung weiter ausbauen [...]. Kaufkräftige, wachstumsstarke Zukunftsmärkte in Drittländern (z. B. Asien, Pazifik sowie die BRICS-Staaten – Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) bleiben dabei im Fokus. Die Agrarexportförderung zielt darauf ab, Märkte in kaufkräftigen Gesellschaften innerhalb und außerhalb der Europäischen Union für kleine und mittlere Unternehmen zu erschließen. Am wenigsten entwickelte Länder (LDCs) sind nicht Ziel der BMEL-Exportförderung.«<sup>12</sup>

Rund eine Woche nach der Veröffentlichung des Agrarberichts reiste Ministerin Klöckner nach Indien, um Anfang November 2019 an den fünften deutsch-indischen Regierungskonsultationen in Delhi teilzunehmen. Für Indien ist Deutschland der wichtigste Handelspartner in der EU; für Deutschland ist Indien mit seiner Bevölkerung von 1,3 Milliarden Menschen ein lukrativer Exportmarkt. Folglich warb Ministerin Klöckner im Gespräch mit ihrem indischen Amtskollegen, Shri Narendra Singh Tomar, für einen verbesserten Marktzugang für deutsche Erzeuger von Geflügelfleisch und -erzeugnissen, Äpfeln sowie Getreide.<sup>13</sup> Ihr per Twitter ver-

breitetes Video zu diesem Gespräch endet nicht ohne einen Verweis auf das Menschenrecht auf Nahrung.<sup>14</sup>

Im globalen Maßstab ist Indien der fünftgrößte Apfelproduzent, Deutschland liegt dagegen auf Rang 21.<sup>15</sup> In Europa ist Deutschland der viertgrößte Apfelproduzent, gleichzeitig weltweit mit großem Abstand der größte Importeur von Äpfeln und auf Rang 19 der Apfelexporteure.<sup>16</sup> Sichern deutsche Äpfel das Recht auf Nahrung in Indien oder eher die Exportinteressen der deutschen Apfelproduzenten? Oder liefern uns die geplanten deutschen Apfelexporte lediglich ein weiteres Beispiel für den Irrsinn im globalen Agrarhandel?

### **Agrarökologie: eine bewährte Antwort auf die verfehlte Politik der Gegenwart**

Es ist selten, dass Gruppen der Zivilgesellschaft und FAO-Generaldirektor Qu Dongyu quasi einer Meinung sind. Aber den Ausschuss für Welternährungssicherheit (Committee on World Food Security – CFS) loben derzeit alle – vor allem dafür, dass er als Multistakeholder-Plattform einen ehrgeizigen Plan zur Förderung der Ernährungssicherheit und der Ernährung für alle in Angriff nimmt. Das CFS ist die umfassendste internationale und zwischenstaatliche Plattform für alle Beteiligten (einschließlich der Zivilgesellschaft und des Privatsektors) zur Zusammenarbeit bei der Erreichung gemeinsamer Ziele in den Bereichen Ernährung, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. Die letzte CSF-Sitzung vom 14. bis 18. Oktober 2019 in Rom erreichte einen Besucherrekord und fand lobende Abschlussworte von FAO-Generaldirektor Qu Dongyu »I'm supporting you – in action, not just talking.«<sup>17</sup>

Zehn Jahre nach dem Erscheinen des Weltagrarberichts (siehe hierzu unten den Beitrag von Benny Haerlin) haben Vertreter der Zivilgesellschaft aus der ganzen Welt die Agrarökologie erfolgreich auf die Agenda des Komitees gesetzt und dafür gesorgt, dass die Regierungschefs ein Gutachten über die Agrarökologie mit dem sperrigen Titel »Agrarökologische und andere innovative Ansätze für nachhaltige Landwirtschaft und Ernährungssysteme, die die Ernährungssicherheit und die Ernährung verstärken«<sup>18</sup> annahmen. Agrarökologie ist eine innovative und kostengünstige Möglichkeit, dem zunehmenden Hunger und der Unterernährung zu begegnen und gleichzeitig den Landwirten bei der Anpassung an den Klimawandel zu helfen.<sup>19</sup> Eine Vielzahl von jüngsten UN-Berichten fordert genau diese Art von Veränderungen. »Die Agrarökologie ist die einzige Lösung, die wir haben, um die vielfältigen Krisen, mit denen wir konfrontiert sind, anzugehen«, sagte Aisha Ali Aii Shatou von der Alliance for Food Sovereignty in Africa vor den Regierungsvertretern auf dem Gipfel in Rom.

Der in zwei Jahren Arbeit entstandene Expertenbericht macht deutlich, dass dringende Veränderungen erforderlich sind. »Die Lebensmittelsysteme stehen an einem Scheideweg. Es bedarf einer tiefgreifenden Transformation«, beginnt die Zusammenfassung.<sup>20</sup> Darüber hinaus liegen zahlreiche Belege dafür vor, dass agrarökologische Methoden nachweislich gleichzeitig die Bodenfruchtbarkeit, die Vielfalt der Ernährung und die Ernährungssicherheit für Kleinbauern erhöhen. Die Agrarökologie fördert genau die Arten von Bodenbaupraktiken, die die »landwirtschaftliche Modernisierung« oft untergräbt. Auch der oben bereits erwähnte IPCC-Sonderbericht über »Klimawandel und Land« hat die dringende Notwendigkeit eines agrarökologischen Wandels bekräftigt: »Die Erhöhung der Widerstandsfähigkeit des Ernährungssystems durch Agrarökologie und Diversifizierung ist ein wirksamer Weg, um die Anpassung an den Klimawandel zu erreichen.«<sup>21</sup> – Die 47. Sitzung des CFS wird sich in Rom im Oktober 2020 der Herausforderung stellen, diesen visionären Bericht in praktische Politik umzusetzen.<sup>22</sup>

**»Agrarökologie ist die einzige Lösung, die wir haben«**

### **Kaufe Fleisch, biete Autos – die Freihandelsabkommen der EU**

Die EU ist der Weltmeister im Verhandeln und Abschließen von Freihandelsabkommen mit Dritten. Die Liste der Länder, mit denen derartige Abkommen vorliegen, geplant waren oder sind oder mit denen aktuell noch verhandelt wird, umfasst 136 Staaten. So ist es kein Wunder, dass die EU auch auf den Top-Positionen im globalen Agrarhandel zu finden ist. Nach einem im September 2019 veröffentlichten Bericht hält die EU mit Ausfuhren im Wert von 138 Milliarden Euro für 2018 ihre Stellung als weltweit größter Exporteur von Agrar- und

Lebensmittelerzeugnissen. Diese machen einen stattlichen Anteil von sieben Prozent des Wertes aller 2018 aus der EU ausgeführten Waren aus, und liegen nach Maschinen, sonstigen Industrieerzeugnissen und Chemikalien an vierter Stelle. Bei den Einfuhren ist die EU mit Importen im Wert von 116 Milliarden Euro der zweitgrößte Importeur von Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen. Damit beläuft sich die EU-Handelsbilanz für diesen Sektor auf ein positives Nettoergebnis von 22 Milliarden Euro. Mit einem Anstieg um zehn Prozent haben die Einfuhren aus den USA im Jahr 2018 am stärksten zugenommen und machen das Land zum wichtigsten Lieferanten von Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen für die EU.<sup>23</sup>

#### *Mercosur – nur ein Beispiel von vielen*

Das aktuell stark umstrittene EU-Mercosur-Abkommen ist nur eines von vielen Freihandelsabkommen der EU, die noch ausgehandelt werden oder kürzlich abgeschlossen wurden. Dafür, dass die Mercosur-Länder ihre Märkte für unsere Industriegüter öffnen und dafür Zölle abbauen, dürfen sie mehr agrarische Produkte wie vor allem Rindfleisch, Geflügel, Zucker, Bioethanol (aus Zuckerrohr) und Biodiesel nach Europa bringen.<sup>24</sup> Dieser »Autos-für-Kühe«-Deal heißt vereinfacht: Tausche Industriegüter für Rohstoffe – eine Form der Handelsbeziehungen, die man vor allem aus dem letzten Jahrhundert kennt. Doch wo der Export von Autos, Autoteilen und anderen Industriegütern (Maschinen, Chemikalien) im Vordergrund steht, werden Menschenrechte, der Schutz vor Landvertreibung, die Einhaltung von Kernarbeitsnormen, der Erhalt der Umwelt und Schutz des Klimas zur Nebensache – trotz aller Beteuerungen aus Brüssel, die europäische Handelspolitik baue auf anderen Werten als nur wirtschaftlichen auf.<sup>25</sup> Durch die im Volumen mehr als vier Milliarden Euro umfassenden Zollsenkungen für die EU-Ausfuhren werden europäische Waren in den Mercosur-Ländern

#### **Wie zur Kolonialzeit: Tausche Industriegüter für Rohstoffe**

### **Stand der Freihandelsverhandlungen und -abkommen (Ende 2019)<sup>26</sup>**

#### **A) Laufende Verhandlungen mit**

- **Australien:** Fünf Verhandlungsrunden seit dem Start im Juni 2018. Die EU-Kommission hat Textvorschläge für alle wesentlichen Verhandlungsbereiche vorgelegt. Die sechste Runde findet im Februar 2020 in Canberra statt.
- **Chile:** Die Verhandlungen wurden am 16. November 2017 in Brüssel aufgenommen. Die sechste Runde fand in der Woche vom 25. November 2019 in Santiago de Chile statt.
- **Indonesien:** Die erste Verhandlungsrunde fand im September 2016 in Brüssel statt, die neunte Runde im Dezember 2019 in Brüssel.
- **Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay):** Der politische Abschluss des Abkommens wurde am 28. Juni 2019 erzielt. Offiziell läuft derzeit die Rechtsförmlichkeitsprüfung, inoffiziell wird an einigen Stellen des Abkommens noch nachgebessert. Ein finaler Text wird vermutlich 2020 vorliegen, danach erfolgen die Übersetzungen in die Amtssprachen der EU. Es gibt widersprüchliche Aussagen, wann der Text im EU-Rat zur Abstimmung ansteht, vermutlich nicht vor Ende 2020.
- **Mexiko:** Die EU und Mexiko haben im April 2018 eine grundsätzliche Einigung über den Handelsteil eines modernisierten globalen Abkommens erzielt. Ende 2018 beschlossen die Verhandlungsführer die noch verbleibenden technischen Fragen und die Fertigstellung des vollständigen Rechtstextes. Derzeit stagniert das Ganze, denn Mexiko muss noch den Verhandlungspunkt »Öffentliches Beschaffungswesen« nachbessern.
- **Neuseeland:** Bisher fünf Verhandlungsrunden seit dem Start im Juni 2018. Die EU-Kommission hat Textvorschläge für alle wesentlichen Verhandlungsbereiche vorgelegt. Der Zeitplan für die sechste Verhandlungsrunde ist noch nicht festgelegt.
- **Tunesien:** Die Verhandlungen starteten im April 2016, bisher vier Verhandlungsrunden. Die letzte fand Ende April/Anfang Mai 2019 in Tunis statt. In der tunesischen Zivilgesellschaft bestehen starke Widerstände gegenüber einem Abkommen.
- **USA:** Offiziell keine Verhandlungen, inoffiziell wird über die Harmonisierung von Konformitätsbewertungen verhandelt. Die EU-Kommission hat dafür am 22. November 2019 einen Vorschlag für ein Abkommen zwischen der EU und den USA über die Konformitätsbewertung von Industrieprodukten veröffentlicht. Seit dem Treffen zwischen Juncker und Trump am 25. Juli 2018 exportieren die USA mehr Soja in die EU, das als Tierfutter und Bioethanol verwendet wird. Die freiwilligen US-Nachhaltigkeitsstandards für US-Soja wurden von der EU als gleichwertig mit den europäischen Nachhaltigkeitsstandards der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (2009/28/EG) erklärt. Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten unterzeichneten am 2. August 2019 in Washington, D.C. ▶

günstiger und attraktiver – gleichzeitig wird dieser Betrag in den Kassen der Mercosur-Staaten als bisherige Einnahme fehlen.

Der Deutsche Bauernverband (DBV) ist im Allgemeinen der Agrarexportstrategie der Bundesregierung sehr zugewandt und sieht deshalb bei den Freihandelsabkommen der EU stärker die Exportchancen für die deutsche Agrarwirtschaft als die Risiken durch die Importe. Im Falle des EU-Mercosur-Abkommens hat der DBV jedoch die »große Sorge, dass mit einem Mercosur-Abkommen die hohen EU-Standards in Lebensmittelsicherheit, Tierwohl, Umweltschutz und im sozialen Bereich unterlaufen werden. Ein solches Mercosur-Abkommen wäre ein massiver Schlag gegen eine nachhaltige und bäuerlich-unternehmerische Landwirtschaft in Europa, sowohl in der Tierhaltung als auch im Ackerbau. Die Landwirte stellen sich einem fairen Wettbewerb, aber gegen drastisch niedrigere Anforderungen, zum Beispiel bei Pflanzenschutzmitteln oder in der Tierhaltung, können wir nicht bestehen«. So fordert der DBV, »dass alle Lebensmittel und Agrarrohstoffe aus dem Mercosur die im EU-Markt geltenden Nachhaltigkeitsstandards erfüllen«.<sup>27</sup>

**Bauernverband  
auf einmal  
»in großer Sorge«**

Die vereinfachte Erzählung »Kaufe Fleisch, biete Autos« lässt sich auf alle in der obigen Übersicht genannten Abkommen übertragen: Sie beinhalten alle den beidseitigen Handel mit Agrarprodukten und Lebensmitteln, und sie alle sind von den Wünschen der Automobilindustrie getrieben, die Ausfuhr von Autos und von Autoteilen zu forcieren. Der kürzlich veröffentlichte Entwurf einer unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten durchgeführten Abschätzung der Auswirkungen des EU-Mercosur-Handelsabkommens<sup>28</sup> zeigt erneut ein Dilemma dieser »Sustainability Impact Assessments« (SIAs) auf: Einzelne Handelsabkommen werden isoliert betrachtet, die Wechselwirkungen mit anderen Abkommen ignoriert. Dabei hatte bereits eine 2016 veröffentlichte Studie des Joint Research Centre (JRC) der EU-Kommission auf

ein Abkommen zur Überprüfung der Funktionsweise eines bestehenden Kontingents für die Einfuhr von hormonfreiem Rindfleisch in die EU. Danach dürfen die USA zukünftig allein 35.000 Tonnen des 45.000 Tonnen umfassenden Kontingents ausfüllen. Das Abkommen erhielt am 28. November 2019 die Zustimmung des Europäischen Parlaments.

- **Vietnam:** Das Handelsabkommen wurde am 30. Juni 2019 unterzeichnet, nachdem der EU-Rat am 25. Juni 2019 dem Abkommen zugestimmt hatte. Das Abkommen muss noch durch das Europäische Parlament bestätigt werden.

#### **B) Bereits in Kraft getretene Freihandelsabkommen mit**

- **Korea:** Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Südkorea wurde seit dem Juli 2011 vorläufig angewendet, bevor es im Dezember 2015 offiziell ratifiziert wurde.
- **Kanada:** Das CETA-Abkommen wird seit dem 21. September 2017 vorläufig angewandt. Derzeit läuft noch ein Ratifizierungsprozess durch die EU-Mitgliedstaaten für den Investitionsteil des Abkommens (bisher haben 13 Mitgliedstaaten ratifiziert – Stand: Ende November 2019).
- **Japan:** Das EU-Japan Economic Partnership Agreement JEFTA ist seit dem 1. Februar 2019 in Kraft.
- **Singapur:** Das Abkommen trat am 21. November 2019 in Kraft.

#### **C) Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO)**

Seit Ende 2001 liegt ein Beschluss der Mitglieder der WTO vor, über den Abbau der Fischereisubventionen zu verhandeln. Jahrelang passierte nichts, bis Druck durch die am 25. September 2015 von der UN beschlossenen 17 *Sustainable Development Goals (SDGs)* der »Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung« kam. Denn *SDG 14* erfordert unter anderem die Beseitigung bestehender sowie die Unterlassung neuer Fischereisubventionen bis Ende 2019. Dies führte zur Wiederaufnahme der Verhandlungen in der WTO Ende 2016. Sie zielen darauf ab, Subventionen für illegale, nicht gemeldete und unregulierte (sog. IUU) Fischereien abzuschaffen sowie Subventionen, die zur Überfischung beitragen. Die formelle Frist für den Abschluss der WTO-Verhandlungen ist der 31. Dezember 2019; sie wurde nicht eingehalten. Ein Ergebnis ist nun für die 12. WTO-Ministerkonferenz im Juni 2020 in NurSultan, der Hauptstadt Kasachstans, vorgesehen.

Anmerkung: Diese Übersicht berücksichtigt nicht die in sieben Regionen eingeteilten 78 AKP-Staaten (in der Mehrzahl ehemalige europäische Kolonien in Afrika, der Karibik und im Südpazifik), mit denen die EU-Kommission sog. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen ausgehandelt hat bzw. noch aushandelt. Auch seit längerem ruhende Verhandlungen sowie Verhandlungen zu reinen Investitionsabkommen sind nicht aufgeführt.

die kumulativen wirtschaftlichen Auswirkungen künftiger Handelsabkommen auf die Landwirtschaft der EU hingewiesen.<sup>29</sup> Diese Studie zeigt einerseits die Ausfuhr Optionen für die europäische Agrar- und Lebensmittelwirtschaft auf (»Für EU-Milchprodukte, insbesondere Käse und Magermilchpulver, und Schweinefleisch, sind die Aussichten günstig, mit deutlichen Wachstumsraten bei Export, Produktion und Erzeugerpreisen«), warnt aber andererseits vor den Folgen der Abkommen, die zu steigenden Importen nach einem verstärkten Marktzugang führen. So weist die Studie auf die Verwundbarkeit bestimmter Agrarsektoren hin. Dies ist insbesondere für Rindfleisch, Reis und in geringerem Maße für Geflügel und Zucker der Fall – also Produkte, die durch das EU-Mercosur-Abkommen erfasst werden. Dass die Studie des JRC nicht im Literaturverzeichnis der EU-Mercosur-Folgenabschätzung

**Tab. 1: Rind- und Kalbfleischeinfuhren der EU (2015 bis September 2019)**

Schlachtgewicht	2015		2016		2017	
	Tonnen	Prozent	Tonnen	Prozent	Tonnen	Prozent
Brasilien	136.858	42,4	140.319	42,0	115.392	37,7
Argentinien	42.149	13,0	43.542	13,0	49.890	16,3
Uruguay	46.287	14,3	56.747	17,0	57.985	18,9
Australien	30.884	9,6	27.850	8,3	21.990	7,2
USA	24.132	7,5	20.499	6,1	21.624	7,1
Namibia	12.112	3,7	10.686	3,2	7.705	2,5
Neuseeland	11.380	3,5	9.869	3,0	8.093	2,6
Paraguay	1.915	0,6	5.979	1,8	6.915	2,3
Schweiz	5.090	1,6	5.500	1,6	5.138	1,7
Botswana	9.258	2,9	9.382	2,8	7.718	2,5
Kanada	428	0,1	421	0,1	513	0,2
Andere	2.607	0,8	3.157	0,9	3.100	1,0
<i>Summe Extra-EU</i>	<i>323.100</i>	<i>100,0</i>	<i>333.951</i>	<i>99,8</i>	<i>306.063</i>	<i>100,0</i>
% Veränderung			3%		-8%	
<i>Summe Mercosur</i>	<i>227.209</i>	<i>70,3</i>	<i>246.587</i>	<i>74</i>	<i>230.182</i>	<i>75,2</i>
Schlachtgewicht	2018		2019 (Jan.–Sept.)		Vergleich (in %) zu Jan.–Sep. 2018	
	Tonnen	Prozent	Tonnen	Prozent		
Brasilien	140.243	41,1	97.781	41,0	-3,4	
Argentinien	69.996	20,5	52.721	22,1	4,9	
Uruguay	52.462	15,4	33.957	14,2	-14,0	
Australien	20.868	6,1	13.855	5,8	-12,3	
USA	19.319	5,7	12.582	5,3	-9,7	
Namibia	5.585	1,6	7.299	3,1	61,8	
Neuseeland	8.669	2,5	5.832	2,4	-13,1	
Paraguay	6.287	1,8	3.800	1,6	-21,3	
Schweiz	5.437	1,6	3.168	1,3	-31,2	
Botswana	7.025	2,1	3.107	1,3	-19,8	
Kanada	1.343	0,4	1.655	0,7	+++	
Andere	3.818	1,1	2.636	1,1		
<i>Summe Extra-EU</i>	<i>341.052</i>	<i>99,9</i>	<i>238.393</i>	<i>99,9</i>		
% Veränderung	11%		-4,1%			
<i>Summe Mercosur</i>	<i>268.988</i>	<i>78,8</i>	<i>188.259</i>	<i>78,9</i>		

Quelle: Eurostat<sup>31</sup>



auftaucht, ist nur eine der vielen Schwachstellen dieser Nachhaltigkeitsabschätzung.<sup>30</sup> Denn eine Übersicht über die Rindfleischimporte belegt, dass mit acht der dort aufgeführten elf Exportländer Handelsabkommen geplant sind oder im Falle Kanadas bereits abgeschlossen wurden (Tab. 1).

Für die verwundbaren europäischen Bäuerinnen und Bauern liefert die Brüsseler Denkfabrik Bruegel einen Trost, der sich an Sarkasmus nicht überbieten lässt: »EU-Landwirte müssen sich weiterhin auf Produkte mit höherer Wertschöpfung konzentrieren und ihren komparativen Vorteil bei Spezialitäten nutzen, oder sie müssen den Sektor verlassen. Da die Zahl der Arbeitskräfte dank der Überalterung der Bevölkerung und der Einschränkungen bei der Einwanderung in der EU insgesamt abnimmt, werden jüngere Arbeitnehmer feststellen, dass sie größere Möglichkeiten in anderen Sektoren als der Landwirtschaft finden. Was getan werden muss, um diesen Prozess zu beschleunigen, ist bekannt, aber der politische Wille dafür ist nicht ausreichend.«<sup>32</sup> Agrarökologie sieht anders aus!

**Agrarökologie  
sieht anders aus**

### Krisen & Konferenzen – (k)ein »Weiter so wie bisher«

Ein »Weiter so wie bisher« ist, wie seit Jahren bekannt, eigentlich nicht möglich. (Obwohl der *Landwirtschaftliche Ausblick*, den OECD und FAO für die nächsten zehn Jahre herausgegeben haben, genau dieses business as usual voraussagt.<sup>33</sup>) Die Klimakrise, das ungelöste Hungerproblem, der in dieser Übersicht nicht thematisierte zunehmende Verlust an Biodiversität, der Verdrängungswettbewerb in der Landwirtschaft: die Liste der Probleme ist lang und lässt sich durch weitere Missstände ergänzen. Das Konzept der Agrarökologie bietet zumindest für einige der Probleme einen Lösungsansatz. Doch nur zu hoffen, dass der Ausschuss für Welternährungssicherheit (CFS) im Oktober 2020 die Herausforderung meistert, Agrarökologie in praktische Politik umzusetzen, dürfte nicht ausreichen. Weitere wichtige internationale Vertragsstaatenkonferenzen stehen 2020 an. Die 15. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) wird ebenfalls im Oktober 2020 in Kunming (Yunnan, China) über die Neuausrichtung der CBD-Ziele verhandeln.<sup>34</sup> Im Monat darauf wird Glasgow die 26. Vertragsstaatenkonferenz zum Klimaschutzabkommen (UNFCCC) austragen.<sup>35</sup> Es kommt nicht nur darauf an, die Kürzel CFS, CBD und UNFCCC miteinander zu verbinden; wichtiger ist auf nationaler Ebene, Diskussions- und vor allen Entscheidungsprozesse zu starten, die die Probleme lösungsorientiert angehen. Dafür müssen alle Beteiligten über ihren Schatten springen.

**Probleme  
lösungsorientiert  
angehen – auch auf  
nationaler Ebene**

#### Anmerkungen

- 1 B. Burdick: Klimaänderung und Landbau. Die Agrarwirtschaft als Täter und Opfer. Alternative Konzepte Band 85. Heidelberg 1994.
- 2 IPCC: Climate change and land. Geneva 2019 ([www.ipcc.ch/report/srcl/](http://www.ipcc.ch/report/srcl/)). – Zentrale Ergebnisse des Berichts finden sich auch in dem Beitrag von Christoph Thies in diesem *Kritischen Agrarbericht* (S. 219–221).
- 3 Titelseite der Süddeutschen Zeitung vom 9. August 2019 plus Kommentar auf S. 4, plus weiterer Artikel auf S. 14.
- 4 »IPCC-Sonderbericht belegt dramatische Risiken des Klimawandels für die Landressourcen der Erde«. Pressemitteilung des BMU vom 8. August 2019.
- 5 »Bundesministerin Klöckner zum Sonderbericht des Weltklimarats«. Pressemitteilung des BMEL vom 8. August 2019.
- 6 Science Media Center Germany: IPCC Sonderbericht über Klimawandel und Landsysteme (8. August 2019) ([www.sciencemediacenter.de/alle-angebote/research-in-context/details/news/ipcc-sonderbericht-ueber-klimawandel-und-landsysteme/](http://www.sciencemediacenter.de/alle-angebote/research-in-context/details/news/ipcc-sonderbericht-ueber-klimawandel-und-landsysteme/)).
- 7 W. J. Ripple et al.: World scientists' warning of a climate emergency. In: *BioScience*, bizo88, published 5 November 2019. DOI: 10.1093/biosci/bizo88.
- 8 Auf dieser Weltklimakonferenz vom 12. bis 23. Februar 1979 in Genf, dem Sitz der Weltklimaorganisation WMO (World Meteorological Organization), befassten sich Experten verschiedener UNO-Unterorganisationen mit dem Zusammenhang von Klima-Anomalien seit 1972 und der Klimabeeinflussung durch die menschliche Gesellschaft ([www.nachhaltigkeit.info/artikel/weltklimakonferenz\\_genf\\_1979\\_689.htm](http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/weltklimakonferenz_genf_1979_689.htm)).
- 9 United Nations : Report of the World Food Conference, Rome, 5-16 November 1974. E/CONF.65/20. New York 1975.
- 10 FAO, IFAD, UNICEF, WFP and WHO: The state of food security and nutrition in the world 2019. Safeguarding against economic slowdowns and downturns. Rome 2019.
- 11 »Landwirtschaft, Made in Germany' weltweit beliebt: Ein Drittel geht in den Export«. Presseinformation über BMEL vom 23. Oktober 2019.
- 12 BMEL: Agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung 2019 (Fassung Kabinettsbeschluss 23. Oktober 2019), S. 32 f.
- 13 »Bundesagrarministerin setzt sich in Indien für verbesserten Marktzugang heimischer Erzeuger ein«. Pressemitteilung des BMEL Nr. 221 vom 1. November 2019.

- 14 Siehe <https://twitter.com/i/status/1190101347934318593>.
- 15 Zahlen für 2016-2017 basierend auf FAOSTAT, Countries – Select All; Regions – World + (Total); Elements – Production Quantity; Items – Apples; Years – 2017 + 2016, siehe [https://en.wikipedia.org/wiki/List\\_of\\_countries\\_by\\_apple\\_production](https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_countries_by_apple_production).
- 16 Vgl. [https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/food-farming-fisheries/farming/documents/apple-dashboard\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/food-farming-fisheries/farming/documents/apple-dashboard_en.pdf).
- 17 «FAO Director-General hails inclusive approach of Committee on World Food Security. Committee wraps up its 46th session with a new chair and a four-year work plan». FAO press release 18 October 2019.
- 18 High Level Panel of Experts on Food Security and Nutrition (HLPE): Agroecological and other innovative approaches for sustainable agriculture and food systems that enhance food security and nutrition. A report by the High Level Panel of Experts on Food Security and Nutrition of the Committee on World Food Security, Rome 2019.
- 19 Siehe hierzu auch den Beitrag von Ursula Gröhn-Wittern und Mireille Remesch in diesem Kapitel des *Kritischen Agrarberichts* (S. 120–124).
- 20 HLPE (siehe Anm. 18): Summary and Recommendations.
- 21 IPCC Special Report on climate change, desertification, land degradation, sustainable land management, food security, and greenhouse gas fluxes in terrestrial ecosystems. Summary for policymakers. Approved Draft. Geneva 7 August 2019.
- 22 Die obige Darstellung basiert auf Friends of the Earth International: «Agroecology recognized as the transformative solution for a food system in crisis by experts at UN». Presseerklärung vom 7. November 2019. Und T. A. Wise: Rome summit takes bold step toward agroecology. Leaders endorse agroecology as one of the cutting-edge innovations we need to help small-scale farmers adapt to climate change. In: Common Dreams October 24, 2019.
- 23 »EU im weltweiten Agrar- und Lebensmittelhandel führend«. Pressemitteilung der EU-Kommission vom 5. September 2019.
- 24 Vgl. EU-Kommission: New EU-Mercosur trade agreement. The agreement in principle. Brussels 1 July 2019. – Zum Ganzen siehe auch den Beitrag von Berit Thomsen in diesem Kapitel des *Kritischen Agrarberichts* (S. 114–118).
- 25 Vgl. EU-Kommission: Handel für alle – Hin zu einer verantwortungsbewussteren Handels- und Investitionspolitik. Brüssel 2015.
- 26 Quellen: EU Commission: Overview of FTA and other trade negotiations. Updated November 2019, ergänzt. – »Soya bean trade. The U.S. is the main soya bean supplier for the European Union«. Presse release EU Commission 25 July 2019. – »The European Union and the United States sign an agreement on imports of hormone-free beef«. Press release U.S.-Government 2 August 2019.
- 27 »Deutscher Bauernverband fordert Änderungen bei Mercosur-Verhandlungen«. Pressemitteilung des DBV vom 29. Mai 2019 ([www.bauernverband.de/fileadmin/user\\_upload/dbv/pressemitteilungen/2019/05/2205\\_AEnderungen\\_bei\\_Mercosur-Verhandlungen.pdf](http://www.bauernverband.de/fileadmin/user_upload/dbv/pressemitteilungen/2019/05/2205_AEnderungen_bei_Mercosur-Verhandlungen.pdf)).
- 28 LSE Consulting: Sustainability Impact Assessment in support of the association agreement negotiations between the European Union and Mercosur. Draft Interim Report. London 3 October 2019.
- 29 P. Boulanger et al.: Cumulative economic impact of future trade agreements on EU agriculture. JRC Science for policy report. Brussels 2016. DOI: 10.2788/194880.
- 30 Eine umfassende Analyse des EU-Mercosur Impact Assessments liefern das Veblen Institute for Economic Reforms und die Fondation Nicolas Hulot: Sustainability Impact Assessment in support of the Association Agreement Negotiations between the EU and Mercosur– Draft interim report of 3/10/2019 – Contribution of the Veblen Institute for Economic reforms and Fondation Nicolas Hulot. 29 October 2019.
- 31 Quelle: Eurostat/Estat - Comtext: Meat market observatory – beef and veal. TRA.EU.BOV, Stand 21. November 2019 ([https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/food-farming-fisheries/farming/documents/eu-bovine-trade\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/food-farming-fisheries/farming/documents/eu-bovine-trade_en.pdf)). – *Anmerkungen* zur Tabelle: Rundungsabweichungen in der Zeile Summe Extra-EU gegenüber dem Original. Der Einbruch der Einfuhren aus Brasilien im Jahr 2017 ist eine Folge eines großen Fleischskandals in Brasilien.
- 32 M. Baltensperger and U. Dadush: The European Union-Mercosur Free Trade Agreement: prospects and risks. Policy Contribution Issue n° 11, September 2019.
- 33 Vgl. OECD/FAO: OECD-FAO Agricultural Outlook 2019-2028. Paris and Rome 2019. Gesamtbericht: [www.fao.org/3/ca4076en/ca4076en.pdf](http://www.fao.org/3/ca4076en/ca4076en.pdf). Zusammenfassung: [www.oecd-ilibrary.org/oecd-fao-agricultural-outlook-2019-2028-summary-english\\_990badf8-en.pdf?itemId=%2Fcontent%2Fcomponent%2F990badf8-en&mimeType=pdf](http://www.oecd-ilibrary.org/oecd-fao-agricultural-outlook-2019-2028-summary-english_990badf8-en.pdf?itemId=%2Fcontent%2Fcomponent%2F990badf8-en&mimeType=pdf). Übersicht und andere Sprachen: [https://doi.org/10.1787/agr\\_outlook-2019-en](https://doi.org/10.1787/agr_outlook-2019-en).
- 34 Vgl. <http://sdg.iisd.org/events/2020-un-biodiversity-conference/>.
- 35 Vgl. <https://sdg.iisd.org/events/2020-un-climate-change-conference-unfccc-cop-26/>.



**Jürgen Knirsch**  
Fachkämpfner Handel bei Greenpeace e.V.

Greenpeace e.V.  
Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg  
[juergen.knirsch@greenpeace.org](mailto:juergen.knirsch@greenpeace.org)

© Bente Stachowske/  
Greenpeace

## Zehn Jahre Weltagrarbericht – die mühsame Geburt eines neuen Paradigmas

von Benny Haerlin

Als am 12. April 2008 in Johannesburg rund 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Abschlussplenums des International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development den letzten Text verabschiedet hatten, war die Erleichterung groß. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus fünf Kontinenten, Vertreterinnen und Vertreter von 60 Regierungen, 40 NGOs und Unternehmen nebst einer Vielzahl internationaler Agenturen von der FAO bis zur Weltbank bildeten nach fünf Tagen intensiven Tauziehens eine denkwürdige Polonaise durch die Festsäle und den Garten des Hotels Sandton. Auch wenn die USA, Australien und Kanada ebenso wie die Agrarindustrie in Gestalt von CropLife und Syngenta schlussendlich ihre Unterschrift verweigert hatten, war die wohl umfassendste Bestandsaufnahme zur Geschichte und Zukunft der globalen Landwirtschaft nach vier Jahren Arbeit endlich vollbracht.<sup>1</sup>

### Verzögerte Wirkung – »Agrarökologie« in aller Munde

Viele waren enttäuscht von dem Ergebnis. Die FAO und die Weltbank samt der von ihr verwalteten Consultative Group for International Agricultural Research, CGIAR, waren gegenüber dem Bericht mit seinen überraschend grundsätzlichen Botschaften bereits auf Distanz gegangen. Beteiligte aus der Zivilgesellschaft empfanden die Zusammenfassungen teilweise als schmerzlichen Kompromiss. Vielleicht gerade weil das Ergebnis letztlich niemanden vollkommen überzeugte, ging von dem insgesamt 2.500 Seiten starken Werk eine Wirkung aus, die sich erst im Laufe der Jahre voll entfalten sollte.

Die Überschrift der Pressemitteilung von Johannesburg wurde zu einem geflügelten Wort: »Business as usual is not an option« – weiter wie bisher ist keine Option. Viele der zentralen Botschaften, die der Weltagrarbericht 2008 erstmals als wissenschaftlichen Konsens formulierte, sind heute tragende Säulen eines Paradigmenwechsels in Bezug auf die globale Landwirtschaft, der sich in der Wissenschaft und in internationalen Gremien in Bezug auf die Herausforderungen der Landwirtschaft mehr und mehr durchsetzt. Dabei durchlebte er alle klassischen Stadien neuer, unbequemer Erkenntnisse: Erst wurde er ignoriert, dann lächerlich gemacht und denunziert, danach massiv kritisiert. Bis es schließlich hieß: »Das haben wir doch immer schon gesagt.«

Wer hätte gedacht, dass zehn Jahre nachdem der Begriff es hier erstmals in ein offizielles UN-Dokument geschafft hatte, die FAO in ihrem grundlegend reformierten Komitee für Ernährungssicherheit (CFS) einen Bericht über »Agrarökologie« verabschieden und eine eigene Abteilung zu deren Beförderung einrichten würde? Wer hätte geglaubt, dass die Fraktionen einer »großen« Koalition aus SPD und CDU gemeinsam einen Antrag zur Förderung der Agrarökologie im Bundestag verabschieden würden und ein CSU-Entwicklungsminister Agrarökologie zur Grundlage seiner agrarpolitischen Strategie erklären würde? Wer hätte prognostiziert, dass selbst der Zusammenschluss von Bayer und Monsanto (an sich schon eine verwegene Prognose) Agrarökologie für sich in Anspruch nehmen würde?

Viele hätten wohl vorausgesagt, dass die »Feminisierung der Landwirtschaft«, von der der Weltagrarbericht spricht, im Laufe der Zeit zu einem Allgemeinplatz werden könnte; wenige

**Zentrale Botschaft:**  
»Business as usual  
is not an option«

dagegen, dass die FAO und selbst die Weltbank Kleinbäuerinnen zum wahren Schlüssel für die nachhaltige Ernährung von bald zehn Milliarden Menschen erklären könnten. Und auch die große Einigkeit von der Tagesschau bis zum Agrarministerium, dass sich unser Fleischkonsum zum Schutze des Klimas und des Regenwaldes drastisch reduzieren muss, hätten vor zehn Jahren wohl nur wenige für möglich gehalten.

**»Grüne Revolution«  
dekonstruiert**

Der Weltagrarbericht stand am Anfang einer langen Serie internationaler Berichte, die Stück für Stück die ehernen Gewissheiten der Nachkriegsgeneration und ihrer »Grünen Revolution« dekonstruierten. Allein im Jahre 2019 gehören dazu unmissverständliche Abrechnungen des Weltklimarates (IPCC) und des Welt-Biodiversitätsrates (IPBES) mit der gegenwärtigen industriellen Landwirtschaft, zwei bahnbrechende Kommissionsberichte des führenden Medizinjournal Lancet zu den verheerenden Folgen der Fehlernährung durch die industrialisierte globale Ernährungswirtschaft und der erwähnte, trotz aller Verwässerung, wegweisende Bericht der FAO zur Agrarökologie.

**Die Wende kommt – fragt sich nur wann und wie**

Im Kern geht es bei dem nicht länger abweisbaren Paradigmenwechsel um den Abschied vom industriellen Produktivismus und die Gestaltung eines Suffizienzkonzeptes, das zunächst Ernährung, Gesundheit, Agrarproduktion und -handel zusammendenkt. Das Nahziel ist dabei, durch integrierte Angebots- und Nachfragepolitik innerhalb kurzer Zeit radikale Ressourceneinsparungen und Emissionsvermeidungen zu erreichen. Dabei bestreitet niemand ernsthaft, dass dies nur durch gleichzeitig drastische Verbesserung der regionalen wie globalen Verteilungsgerechtigkeit einschließlich der Geschlechtergerechtigkeit und eines faireren Ausgleiches zwischen Stadt und Land zu erreichen ist.

**Was braucht die  
Agrar- und  
Ernährungswende ...**

Der Weltagrarbericht hatte bewusst vermieden, dies so politisch zu postulieren, auch wenn er zur Geschlechtergerechtigkeit, den Rechten von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und den Gewinnern und Verlierern des Welthandels klare Worte fand. Schließlich sollten Regierungsvertreter unterschiedlichster Couleur die Schlussfolgerungen gemeinsam verabschieden. Zu seinen besonderen Verdiensten gehörte vor diesem Hintergrund die Einführung und eigenständige Definition des Begriffs der Ernährungssouveränität im Vokabular der UN-Institutionen.

Wird diese unverzichtbare Agrar- und Ernährungswende in erster Linie durch technologische Revolutionen und eine Kaskade disruptiver Innovationen auf den Gebieten der Biochemie und Gentechnik, der Digitalisierung und verwandter Technologiebereiche von oben durchgezogen und durchregiert? Oder entsteht sie aus einem kollektiven, und deshalb letztlich nicht minder disruptiven Akt der Rückeroberung von Kompetenz, Verständigungs- und Entscheidungsgewalt durch die Verbraucherinnen und Verbraucher, Produzentinnen und Produzenten und all ihre Vermittler?

**... technologische oder  
soziale Innovationen?**

Es ist nicht Sache eines gewandelten Paradigmas vorzugeben, in welcher sozialen und kulturellen Form wir seinen Grundsätzen Rechnung tragen. Wie viel Spielraum die kategorischen Imperative der Erhaltung von Biodiversität und überlebensfreundlicher Klimata auf unserem Planeten sozialdemokratischem wie neoliberalen Wachstumsglauben tatsächlich lassen, darüber lässt sich trefflich streiten. Welche Anziehungskraft post-demokratischen, digitalen Obrigkeitskonzepten chinesischer, indischer oder russischer Mächte aus dem Zwang zu einem Wandel zuwächst, ist noch nicht entschieden. Das Misstrauen gegenüber aufgeklärter und selbstbestimmter Einsicht und Handlungsfähigkeit demokratischer Mehrheiten an der Wahlurne, der Ladentheke und in der Betriebswirtschaft ist jedenfalls in vielen Regionen der Welt eher gewachsen.

**Weiter wie bisher ist keine Option – na und?**

Auch, dass Paradigmenwechsel in den Köpfen der meisten Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger noch lange Zeit ohne nennenswerte Konsequenzen in ihrer praktischen Politik und Wirtschaftsweise bleiben können, ist nicht neu. Die weltweit dominanten Agrar- und Handelspolitiken, die Konzentration in der Ernährungs- und Agrarindustrie, die blinde Technologiegläubigkeit der Branche und die Verstocktheit von Berufsverbänden,

Verbrauchern und Landwirten legen davon ein beredtes Zeugnis ab. Noch immer ist Ignoranz gegenüber dem Gemeinwohl profitabel. Noch immer sind Agrarsubventionen, aber auch die Gesundheits- und Handelspolitiken namentlich der EU und der USA vornehmlich das Resultat von Korruption und Lobbyismus. Noch immer rechnen sich deshalb nachhaltige Produktion und Konsumtion nur in Ausnahmefällen. Damit lässt sich zwar der anstehende Paradigmenwechsel nicht vermeiden, wohl aber die unvermeidliche Veränderung bis an die Schmerzgrenze verzögern. Umso eruptiver brechen sich dann schlussendlich etwa der Bioeinstieg, der Mineraldünger- und Pestizidausstieg, die vegane Welle oder auch der Einstieg in eine neue internationale Entwicklungszusammenarbeit Bahn. Wenn zivilgesellschaftliche Organisationen, die dafür seit Jahrzehnten gekämpft haben, heute darüber diskutieren, wie der Einstieg in eine agroökologische Suffizienzkultur so zu organisieren ist, dass er keine Gelbwesten auf die Straße und Braunwähler an die Urnen treibt, dann geht es dabei notabene letztlich doch um den Umgang mit Erfolg.

**Folgen des Erfolgs**

**Anmerkung**

- 1 Zum Weltagrарbericht im *Kritischen Agrarbericht* siehe die beiden Beiträge von Benny Haerlin: »Business as usual ist keine Option mehr« – Weltagrарbericht fordert radikale Wende der Agrarpolitik und -forschung. In: Der kritische Agrarbericht 2009, S. 69–73. Und die Zwischenbilanz nach fünf Jahren: Weiter wie bisher? Über die Folgen(losigkeit) des Weltagrарberichts: Der kritische Agrarbericht 2015, S. 91–96.



**Benny Haerlin**

leitet das Berliner Büro der Zukunftsstiftung Landwirtschaft und war im Aufsichtsrat des Weltagrарberichts.

Marienstr. 19/20, 10117 Berlin  
 haerlin@zs-l.de  
 www.weltagrарbericht.de